

Green News

Das Online-Magazin der Gewerkschaft der Polizei in Bayern

4. August 2014

Ausgabe 11/2014



Start des Trageversuchs neuer Polizei- und Justizuniformen

Pressemitteilung des Bayer. Innenministeriums vom 31.07.2014

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann und Justizminister Prof. Dr. Winfried Bausback haben heute in München gemeinsam den groß angelegten Trageversuch für die neue Uniform

zu verbessern." Zur Bewertung der einzelnen Kleidungsstücke füllen die Testpersonen alle zwei Monate einen umfangreichen Fragebogen aus.



Sieht so die Bayerische Polizei der Zukunft aus?

von Polizei und Justiz gestartet. 500 repräsentativ ausgewählte Polizistinnen und Polizisten sowie 100 Justizbeamtinnen und -beamte werden ab 1. August in ganz Bayern acht Monate lang Uniformmodelle auf 'Herz und Nieren' prüfen. Getestet werden die Kollektionen der österreichischen Bundespolizei und der baden-württembergischen Polizei. "Wir wollen eine neue Uniform von der Praxis für die Praxis", gaben beide Minister als Losung für den Trageversuch aus. "Niemand kennt die Ansprüche an eine alltagsgerechte Dienstkleidung besser, als unsere Beamtinnen und Beamten." Eingeführt werden soll die neue Uniform für Polizei und Justiz ab Ende 2016.

Wie der bayerische Innenminister betonte, sei der achtmonatige Uniformtest der Polizei extra darauf ausgelegt, mit der Hitze im Sommer, der Nässe im Herbst und der Kälte im Winter die komplette Palette der Witterungsverhältnisse abzudecken. "Denn wir legen großen Wert auf Funktionalität und Tragekomfort", so Herrmann. "Alltags- und Einsatztauglichkeit sind uns dabei ebenso wichtig, wie frauengerechte Schnitte." Unter anderen müsse die Uniform auch auf die länderspezifische Ausrüstung angepasst werden, sei es der Einsatzgürtel, die Dienstwaffe oder das Funkgerät. Zudem werden spezielle Schutzwestenhüllen getestet, mit denen die Unterziehschutzwesten auch auf der Oberbekleidung getragen werden können. Herrmann: "Damit hoffen wir, die ohnehin schon hohe Akzeptanz der Schutzwesten noch weiter

Die beim Trageversuch zu testenden Uniformen werden blau sein. Das liegt laut Herrmann daran, dass die grün/beige Farbkombination bei keiner anderen Polizeibehörde mehr getragen wird und ein Umfärben der Testuniformen allein für den Trageversuch unwirtschaftlich wäre. "Ob wir am Ende die neue Uniform im Blauton ordern oder bei unserer grünen Farbkombination bleiben, entscheiden wir erst zum Ende unseres Trageversuchs", betonte der Innenminister. "Alle uniformierten Polizistinnen und Polizisten werden dann die Möglichkeit haben, hierüber abzustimmen."

Durch die bayernweite Verteilung der Trageversuchsteilnehmer werden in der Regel farblich gemischte Streifenbesetzungen unterwegs sein. "Eine Übersicht der teilnehmenden Dienststellen können Sie unter www.stmi.bayern.de abrufen", erklärte dazu Herrmann. "Dort finden Sie auch unsere neue E-Mail-Adresse polizeiuniform@stmi.bayern.de, unter der wir uns über Rückmeldungen aus der Bevölkerung freuen." Zudem werden bei den



Innenminister Joachim Herrmann unterwegs in der Münchner Innenstadt mit Kolleginnen und Kollegen in alt und neu

Start des Trageversuchs neuer Polizei- und Justizuniformen

Polizeiinspektionen Falbblätter mit Informationen zum Trageversuch und Plakate ausgelegt.

Neben den rund 27.500 uniformtragenden Polizistinnen und Polizisten bekommen auch die rund 5.000 uniformierten Justizbeamtinnen und -beamte neue Uniformen. Der bayerische Justizminister zeigte sich erfreut, dass die zwischen Polizei und Justiz seit Jahren bestehende Kooperation bei der Beschaffung der Dienstkleidung auch anlässlich der Einführung der neuen Uniform fortgeführt wird. "Die enge Zusammenarbeit mit der Polizei ist nicht nur wesentlich wirtschaftlicher", so Bausback. "Justiz und Polizei leisten gemeinsam einen unverzichtbaren Beitrag zur Inneren Sicherheit in Bayern. Diese gemeinsame Aufgabe sollte sich auch in einem gemeinsamen äußeren Erscheinungsbild unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter widerspiegeln." ...

Neben Polizei- und Justizbeamten aus der Praxis wirken in der Projektgruppe 'Neue Dienstkleidung der Bayerischen Polizei' unter Leitung des niederbayerischen Polizeivizepräsidenten Anton Scherl unter anderem auch Experten aus den Bereichen Arbeitsschutz und Textiltechnik sowie Berufs- und Personalvertretungen mit.



GdP trifft stv. Vorsitzende des Innenausschusses MdL Gottstein

Im Rahmen des regelmäßigen Informationsaustausches mit den politischen Parteien traf eine GdP-Delegation mit dem Landesvorsitzenden Helmut Bahr an der Spitze am Donnerstag die stv.

GdP-Vorsitzenden Michael Bogatzki (2.v.l.), vom GdP-Bildungsbeauftragten Peter Pytlik (2.v.r.) und Markus Wimmer von der Landesgeschäftsstelle. An dem Gespräch, das in sehr angenehmer Atmosphäre stattfand, nahmen für die Freien Wähler zudem MdL Nikolaus Kraus (links im Bild) und Katharina Fiedler, FW-Referentin für den Öffentlichen Dienst, teil. Ein baldiger intensiverer Gedankenaustausch wurde für den Herbst anvisiert.



V.l.: MdL Nikolaus Gradl, Michael Bogatzki, LV Helmut Bahr, MdL Eva Gottstein, Peter Pytlik, Markus Wimmer; Bild unten: GdP in angeregter Diskussion mit den Freien Wählern

Vorsitzende des Innenausschusses MdL Eva Gottstein, um sich über aktuelle Themen und Meinungen auszutauschen.

Inhalte des Gesprächs waren u.a. die Themen Situation der Tarifbeschäftigten bei der Bayer. Polizei, die schwierige finanzielle Situation der Münchner Polizeibesetzten, Personalsituation, Gewalt gegen Polizei und kritische Berichterstattung gegen Polizei sowie Ideen darüber, wie man den Polizeidienst für die kommenden zehn Jahre attraktiv hält.

LV Bahr (3.v.l.) wurde begleitet vom Münchner



GdP-Spitze mit Bundesvorsitzendem Malchow besucht Planungsstab zum G8-Gipfel

Tausende Einsatzkräfte aus ganz Deutschland werden am 4./5. Juni 2015 den Gipfel der wichtigsten Staats- und Regierungschefs der Welt schützen. Ein Polizeieinsatz, der schon in den Tagen und Wochen vor der Anreise der Gipfelteilnehmer einen großen Kräfteansatz fordern wird.

Grund genug für die GdP, sich schon frühzeitig aus erster Hand über die Einsatzvorbereitungen und die Rahmenbedingungen vor Ort zu informieren.

Auf Einladung von Polizeipräsidenten Robert Heimberger, Leiter des Planungsstabs G8-Gipfel 2015 und Polizeiführer des Ein-



Anschaulich und detailliert schilderte PP Heimberger dem GdP-Team mit BV Malchow (3.v.r.) und LV Bahr (2.v.l.) die Herausforderungen und Problemstellungen des G8-Gipfels 2015 in Schloss Elmau

satzes im kommenden Jahr, konnte sich die GdP-Spitze einen persönlichen Eindruck von den laufenden Einsatzplanungen verschaffen. Für die GdP war Bundesvorsitzender Oliver Malchow mit seinem Pressesprecher Rüdiger Holecek angereist. Zusammen mit dem bayerischen LV Helmut Bahr, seinem Stellvertreter Peter Schall, Finanzvorstand Jürgen Schneider, Michael Ertl, GdP-Vors. Oberbayern Süd, sowie Alexander Baschek, Tom Bentele und Markus Wimmer bekamen sie dabei wertvolle Einschätzungen und Eindrücke über diesen einmaligen Einsatz mit auf den Weg. PP Heimberger, der sich viel Zeit nahm und den vorbildlichen persönlichen Einsatz der beteiligten Kolleginnen und Kollegen im Planungsstab hervorhob, wurde dabei unterstützt von Peter Löffelmann, Richard Gröger und Udo Dreher.

PP Heimberger gab einen kurzen Überblick über die Herangehensweise des in der Kürze der Zeit ins Leben gerufenen Planungsstabs: Eine geeignete Räumlichkeit und die Gewinnung von Kolleginnen und Kollegen für den Planungsstab waren die ersten Schritte. Binnen drei Monaten wurde ein polizeieigenes Gebäude in der Münchner Freiligrathstraße saniert und mit aller notwendigen Infrastruktur versehen. Zunächst noch allein mit den ersten 6 Mitarbeitern, wird PP Heimberger seit Anfang Juni von nun 94 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus allen Verbänden der Bayerischen Polizei bei den Einsatzplanungen unterstützt.

Schon früh im Planungsstadium wurde als eine der größten Herausforderungen die Infrastruktur vor Ort ausgemacht: der Anfahrtsweg zum Hotel ist auf eine übersichtliche Zahl von Gästen ausgelegt und muss für die Anforderungen des Großereignisses ertüchtigt werden. Die alpine Natur vor Ort mit viel Wald und unerschlossenem Gebiet macht den Einsatzraum für Planer und Einsatzkräfte ungewöhnlich. Der Transport der Staatsgäste erfordert genau so wie die Anforderungen an die Kräfteverlegung umfangreiche Überlegungen und Überplanungen. Ein Rettungswegekonzept ist zu erstellen und ein Verkehrskonzept für die

Werdenfelder, wie für Touristen und Geschäftstreibende. Bei all dem beschreitet der Planungsstab im Wortsinn „neue Wege“. Neue Wege unter Berücksichtigung des Alten und Schützenswerten. Naturschutz ist für die Planer eine Selbstverständlichkeit, gilt es doch die Schönheit und Integrität der Alpenwelt zu erhalten, die letztlich den Ausschlag für die Entscheidung der Bundesregierung zu Gunsten Elmaus gegeben hatte. Auch die Bedürfnisse der Bewohner der gastgebenden Region bewahren unsere Kolleginnen und Kollegen bei ihren Planungen im Blick. Der Tourismus und die regionale Wirtschaft wird schon jetzt mit Informationsveranstaltungen und persönlichen Gesprächen vorbereitet - auf dann abweichend vom üblichen Ferienbetrieb in den Pfingstferien etwas andere Besucherscharen. Mit Kirche und Traditionsverbänden werden intensive Gespräche geführt, um die zeitgleichen Fronleichnamsprozessionen in der Region mit den Fahrzeugbewegungen des Gipfelverkehrs zu harmonisieren. PP Heimberger konnte Herrn Bundesvorsitzenden Malchow und seinen Kollegen dabei versichern, dass auch der Austausch mit den örtlichen Kommunalpolitikern eng sei und ein konstruktives und vertrauensvolles Verhältnis zwischen den Vertretern der Bürger und den beteiligten Behörden bestehe.

Der nötige Kräfteansatz für diesen gewaltigen Polizeieinsatz ist noch nicht abschließend absehbar. Er wird sich vor allem daran orientieren, wie sich die Demonstrationslage und die Mobilisierung der Gipfelkritiker darstellen. Zusätzlich dazu werden 5.000



Journalisten erwartet. Im Pressezentrum Garmisch-Partenkirchen und zum Teil nah am Tagungsort werden die Medien mit allen Informationen versorgt, die sie für eine erfolgreiche Berichterstattung brauchen; während die Polizei dafür sorgen wird, dass sich diese Gruppen und Hunderte von Delegationsmitgliedern aus den teilnehmenden Staaten nicht ins Gehege kommen.

Die Vertreter der GdP wiesen angesichts der Größenordnung des Einsatzes insbesondere auf die herausragende Bedeutung der Versorgungseinrichtungen für die Kolleginnen und Kollegen hin. Bundesvorsitzender Malchow machte darauf aufmerksam, dass die GdP sich vor Ort um die Zufriedenheit ihrer Mitglieder sowie aller Einsatzkräfte kümmern werde und auch wieder eine breit angelegte Einsatzbetreuung gewährleisten werde. Da dies den planenden Polizeibeamtinnen und -beamten bis hin zum Polizeiführer, Herrn PP Heimberger, selbst ein großes Anliegen ist, versprach man sich abschließend gegenseitig, gegebenenfalls auftretende Probleme und Unzufriedenheiten direkt auf dem kurzen Weg zu klären.

Erschütternder Polizistenmord in Hessen: Tiefe Trauer über gewaltsamen Tod eines 50jährigen Polizeibeamten

Tief betroffen und voller Trauer zeigt sich die Gewerkschaft der Polizei (GdP) nach dem gewaltsamen Tod eines 50jährigen Polizeibeamten am Mittwochabend im hessischen Bischofsheim. GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow: „Unser tiefes Mitgefühl gilt den Hinterbliebenen des getöteten Beamten.“

Der Vorsitzende des GdP-Landesbereichs erschüttert: „Obwohl man um natürlich weiß, ist es dennoch furchtgegenüber zu stehen. Das Wichtigste fassen und den Angehörigen des Opdie sie benötigen.“



Gewerkschaft der Polizei

zirks Hessen, Andreas Grün, äußerte dieses enorm hohe Risiko als Polizist bar, solchen Vorfällen relativ hilflos te ist es nun erst einmal, den Täter zu fers die Hilfe zukommen zu lassen,

Das Risiko von Polizeibeamtinnen und -beamten im Einsatz schwer verletzt oder sogar getötet zu werden, nehme, so Malchow, seit Jahren massiv zu. Dies betreffe nicht nur voraussehbare risikobehaftete Einsätze, sondern zunehmend auch den alltäglichen Dienst auf den Straßen. Polizistinnen und Polizisten sähen sich immer öfter brutaler Gewalt und unvermittelter Angriffe ausgesetzt. Seit 1945 sind nach GdP vorliegenden Zahlen fast 400 Polizeibeamtinnen und -beamte von Rechtsbrechern getötet worden.

Erfolgsbilanz länderübergreifende Kontrollaktion auf der Donau

Pressemitteilung des Bayer. Innenministeriums vom 25.07.2014

Vom 22. Juli bis zum 24. Juli hat eine groß angelegte länderübergreifende Kontrollaktion auf der Donau stattgefunden. Neben Deutschland nahmen Bulgarien, Kroatien, Moldawien, Österreich, Rumänien, Serbien, Slowakei, Ukraine und Ungarn daran teil. Bayerns Innenminister Joachim Herrmann hat heute in Nürnberg

die länderübergreifende Kontrollaktion in einem ersten Fazit als großen Erfolg im Kampf gegen grenzüberschreitende Kriminalität bezeichnet: „Uns gelang es zusammen mit unseren Partnern, eine Vielzahl an Delikten aufzudecken – vom Schmuggel über illegalen Aufenthalt bis hin zur Schwarzarbeit. Damit bestätigt sich, dass Kriminelle auch ‚auf dem Wasser‘ grenzüberschreitend ihren illegalen Geschäften nachgehen.“ Der Innenminister kündigte daher weitere Großkontrollen auf Wasserstraßen entlang der gesamten Donau an.

Die aktuelle Großkontrolle fand im Rahmen des ‚DANUBE RIVER FORUM‘ (DARIF) statt, einem Projekt der ‚Europäischen Strategie für die Donauregion‘. (Die konkreten Ergebnisse der Kontrollaktion sind dem Anhang zu entnehmen). Es handelt sich dabei um die zweite von bislang drei geplanten länderübergreifenden Kontrollen auf der Donau unter der Gesamtkoordination von Ungarn. „Bislang hatten wir nur wenig gesicherte Erkenntnisse, ob die Donau als Transportweg für bestimmte Kriminalitätsarten oder gar organisierte Kriminalität eine besondere Rolle spielt“, verdeutlichte Herrmann die Hintergründe. „Mit unseren gemeinsamen Kontrollen wollen wir wertvolle Informationen für eine effektivere länderübergreifende Kriminalitätsbekämpfung gewinnen. Unsere Hauptzielrichtung ist das gezielte Vorgehen gegen illegale Migration und Menschenhandel sowie gegen Schmuggel von Drogen, Waffen und Tabakwaren.“ Auf dem Main-Donau-Kanal und dem bayerischen Teil der Donau hat die Bayerische Wasserschutzpolizei zusammen mit der Bundespolizei und dem Zoll die Schwerpunktkontrollen durchgeführt. Insgesamt waren

rund 200 Beamtinnen und Beamte in Bayern eingesetzt.

Wie der Innenminister weiter ausführte, zeige sich am Beispiel der aktuellen länderübergreifenden Kontrollaktion die hohe Leistungsfähigkeit der Bayerischen Wasserschutzpolizei: „Die über 150 Kolleginnen und Kollegen der Bayerischen Wasserschutz-



polizei sind unsere Spezialisten gegen Kriminelle auf dem Wasser.“ Zu ihren Aufgaben gehöre neben der Bekämpfung allgemeiner Kriminalität auch die Überwachung der schiffahrts-, naturschutz- und fischereirechtlichen Vorschriften und die Aufnahme von Schiffsunfällen. Wie notwendig die Arbeit der Bayerischen Wasserschutzpolizei ist, verdeutlicht laut Herrmann die Bilanz des vergangenen Jahres auf dem Main, Main-Donau-Kanal und der Donau: Bei 2.830 Schiffskontrollen waren

93 Schiffe mit Gefahrgut beladen und mussten entsprechend aufwändig kontrolliert werden. Zudem wurden 1.828 Sportboote kontrolliert. Dabei wurden insgesamt 1.653 schiffahrtsrechtliche Verstöße festgestellt. Zusätzlich mussten 872 Verstöße gegen Naturschutz- und Umweltvorschriften bearbeitet und 158 Schiffs- und Sportbootunfälle aufgenommen werden.

Besonderen Wert legt Herrmann auf die Ausstattung mit modernen Einsatzmitteln. So verfügt die Bayerische Wasserschutzpolizei über 42 Boote unterschiedlichster Gattungen. „In den letzten drei Jahren haben wir für Würzburg und Lindau zwei nagelneue Streckenboote mit einem Gesamtwert von knapp 2,4 Millionen Euro in den Dienst gestellt“, so der Innenminister. „Noch im Sommer 2014 werden wir die Bootstaupe eines neuen, rund eine Million Euro teuren Streckenboots in Schweinfurt feiern können.“ Zusammen mit der Modernisierung vorhandener Boote hat der Freistaat nach den Worten Herrmanns allein in den letzten vier Jahren insgesamt knapp vier Millionen Euro in den Bootspark investiert. Zudem seien die meisten Boote bereits auf Digitalfunk umgerüstet.

GdP Niederbayern trifft Staatssekretär Gerhard Eck

Die GdP Bezirksgruppe Niederbayern folgte der Einladung von Herrn Staatssekretär Eck und traf sich mit ihm und Herrn ORR Rieger, IC3, im StMI. Ziel der GdP Niederbayern war es, die aktuelle Personalsituation und die Personalentwicklung des Verbandes Niederbayern darzustellen und auf die hohen Pensionsabgänge in der Zukunft hinzuweisen. Weiterhin wurde eine noch größere Transparenz bei den Personalzuweisungen gegenüber allen Polizeipräsidenten gefordert. Herr Staatssekretär Eck sicherte in beiden Angelegenheiten Verbesserungen zu. Im Bild v.l.: ORR Michael Rieger, Staatssekretär Gerhard Eck, stellv. BG-Vorsitzender Martin Lehner, BG-Vorsitzender Andreas Holzhausen



GdP: Diskussion um Bezahlung von Polizeieinsätzen lenkt vom Ziel der gemeinsamen Gewaltbekämpfung ab

„Die Entscheidung des Bremer Senats, die Deutsche Fußball Liga (DFL) künftig an den Kosten von Polizeieinsätzen zu beteiligen, schießt am Ziel, die Eindämmung der Gewalt und die Verhinderung von Straftaten, völlig vorbei“, kommentiert der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Oliver Malchow, den heutigen Beschluss. Malchow: „Das Vorhaben des Senats wird dazu führen, dass die Diskussion um Gebühren für Polizeieinsätze von unserem eigentlichen Anliegen ablenkt und auch das Verhältnis zwischen Polizei und Verbänden bestimmen und belasten.“ Die GdP habe in den vergangenen Jahren in „mühevoller Kleinarbeit und Verhandlungen mit den Verbandsspitzen das Bewusstsein bei DFB und DFL für die Notwendigkeit einer intensiven Fanarbeit und Verbesserungen der Stadionsicherheit geschärft“. Diese Zusammenarbeit stehe nun auf dem Spiel, da vor allem kleinere und finanzschwache Vereine möglicherweise durch die Zahlung von Mitteln belastet werden, die sie sinnvoller in die Bekämpfung der Gewalt investieren könnten. Malchow äußerte auch seine Zweifel, ob eine finanzielle Beteiligung an Polizeieinsätzen von Veranstaltern vor Gericht Bestand haben werde. Klagen dagegen seien bereits angedroht. Der GdP-Bundesvorsitzende: „Die Vereine werden zu Recht sagen: Was für uns gilt, muss auch für andere gelten, deren Veranstaltungen polizeiliche Maßnahmen erfordern.“ Der überwiegende Anteil der Ausschreitungen, die für steigende Polizeieinsätze verantwortlich sind, spielten sich zudem außerhalb der Stadien, auf den Anfahrtswegen und vor oder nach den Spielen ab. Malchow: „Es ist richtig, dass die Vereine innerhalb des Stadions für die Sicherheit zuständig sind, im öffentlichen Raum ist es aber die Polizei. Sie muss ihre Einsatzplanungen unabhängig davon treffen können, ob die Einsätze jemand bezahlt oder nicht.“

GdP: Beamtenversorgung nicht zur Stimmungsmache missbrauchen

Der stellvertretende Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Jörg Radek warnt davor, Hochrechnungen der Versorgungslasten für die öffentlichen Haushalte als Stimmungsmache gegen die Beamtinnen und Beamten zu missbrauchen. Radek: „Schlagzeilen, wonach Pensionäre immer reicher werden, schüren alle Jahre wieder nur die Neiddebatte. Fest steht, die Durchschnittsrente und die durchschnittliche Beamtenversorgung im Ruhestand sind nur bedingt miteinander vergleichbar, werden nur zum Vernebeln der Realitäten genutzt.“ Wenn man schon Vergleiche anstelle, sagte Radek weiter, dann müssten diese zwischen Beamten und Angestellten mit ähnlichen Aufgaben und vergleichbarer Verantwortung erfolgen. „Unterschiedliche Bildungsabschlüsse führen zu Unterschieden beim Einkommen und wirken sich letztlich auch automatisch auf die Höhe der Renten- beziehungsweise Versorgungsansprüche aus.“ Der GdP-Vize machte zugleich deutlich, welche Personengruppen und Summen eigentlich gemeint sind. „Wir reden über Menschen, vor allem im mittleren und gehobenen Dienst, die tagtäglich ihren Kopf im Polizei- und Justizvollzugsdienst hinhalten müssen und dies ein Arbeitsleben lang. So erhält ein Beamter im mittleren Polizeivollzugsdienst des Bundes, der die Sicherheit auf Bahnhöfen und Flughäfen gewährleistet, im Ruhestand eine höchstmögliche Bruttoversorgung von knapp 2.100 Euro. Davon muss er dann noch Steuern sowie die Prämie für die Kranken- und Pflegeversicherung abziehen.“ Fazit: Die Fakten sollte man schon kennen, so Radek, wenn man sich lautstark zu Wort meldet.

ABENTEUER FÜR GdP-MITGLIEDER



GdP Service GmbH

KARL MAY-FESTSPIELE DASING

WINNETOU I 21.6. – 14.9.2014

Exklusiv für GdP-Mitglieder gibt es zum 10-jährigen Jubiläum der Süddeutschen Karl May-Festspiele Dasing einen Vorteils-Gutschein: **Ihr erhaltet zu Euren Eintrittskarten ein gratis Western-Büfett sowie freien Eintritt in den Erlebnispark Western-City Dasing (Erwachsene 24,50 € statt 39,00 €, Kinder 18,50 € statt 29,50 €).** Erlebt mit, wie mehr als 80 Mitwirkende mit 25 Pferden für spannende Unterhaltung sorgen. **Samstags: 16 und 20 Uhr, sonn- und feiertags: 17 Uhr**
www.gdpservicegmbh.de



Euren Gutschein könnt Ihr im Mitgliederbereich ausdrucken: www.gdpservicegmbh.de/ Veranstaltung und an der Festspiel-Kasse einlösen. Bitte vorher reservieren: Telefon 08205-225 oder Mail info@karlmay-festspiele.de